



## Grundgesetz Artikel 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.



Claudia Bartels

Es gab Versammlungsverbote in Deutschland während der Coronazeit. Artikel 8 des Deutschen Grundgesetzes gesteht allen Deutschen das Recht zu, sich versammeln zu dürfen. Im zweiten Absatz schränken die Verfasser des Grundgesetzes dieses Recht jedoch ein: „Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.“ Davon wurde während der Pandemie Gebrauch gemacht. Verwaltungsgerichte in unserer Region und auch das Bundesverwaltungsgericht stellten im Nachgang jedoch klar, dass die Versammlungsverbote unverhältnismäßig waren. Wer ging während der Coronazeit in unserer Region jeden Montag auf die Straße, um bei den so benannten Montagsspaziergängen wogegen zu demonstrieren? Mir wurde von der Redaktion Jens Knipphals aus Wolfsburg, der ehemalige Spitzensportler und mehrfacher Deutscher Meister im Weitsprung, als Gesprächspartner empfohlen. Beeindruckt hat mich bei unserem Interview sein Satz: „Wir sind auf die Straße gegangen, weil wir Angst hatten, dass Deutschland zu einem autoritären Staat wird“. Wer es nicht so, dass die Montagsspaziergänger damals als Rechtsradikale verunglimpft wurden? Und die, auch meiner Meinung nach, teils unverhältnismäßigen Reaktionen von Polizeibeamten, die mit Schlagstock, Helm und Waffe an Seen in unserer Region patrouillierten und Kinder mit ihren Familien, die friedlich Enten fütterten, verschreckten, machen mich heute noch wütend.

In unserer Serie zum 75. Geburtstag des Grundgesetzes liefern unsere Reporterinnen und Reporter passend zu den ersten 18 Artikeln Reportagen oder porträtierten Menschen aus unserer Region.



Ein Schild von Jens Knipphals aus Wolfsburg, das er bei den Montagsspaziergängen in Wolfsburg hochhielt.

CLAUDIA BARTELS/FNN

Jens Knipphals verteidigte während der Coronazeit jeden Montag sein Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Dabei wurde ihm sein Tod gewünscht.

Claudia Bartels

**Wolfsburg.** Unser Interview wäre auf diese Weise vor drei Jahren noch verboten gewesen: Zwischen uns befindet sich weniger als ein Meter Abstand, wir unterhalten uns während des Interviews ohne Masken und kommen aus verschiedenen Haushalten.

Jens Knipphals aus Wolfsburg polarisiert. Der ehemalige Deutsche Meister im Weitsprung hat sich nicht gegen Covid-19 impfen lassen und war Montagsspaziergänger in Wolfsburg. Der gebürtige Fallerslebener hat aus diesem Grund in unserer Region den Ruf eines Widersachers bekommen. Ein Querulant, unbequem für die Lokalpolitik. Viel lieber würde man sich mit dem preisgekrönten ehemaligen Spitzensportler ablichten lassen zu imagefördernden Lokalthemen.

Knipphals gehört einer Minderheit in Deutschland an. Knapp 78 Prozent der Deutschen haben laut Impf-Dashboard des Bundesministeriums für Gesundheit seit 2020 eine Corona-Impfung erhalten. Jens Knipphals und seine Ehefrau Anette gehören zu den anderen 22 Prozent. Sie sind zwei von rund 18,4 Millionen Deutschen, die nicht gegen Corona geimpft sind. Für ihr Recht, weiterhin ungeimpft zu bleiben, gingen die beiden auf die Straße. „Sich versammeln zu dürfen und seine Meinung öffentlich zu vertreten, auch wenn die Mehrheit eine andere Meinung hat – das sollte in einem demokratischen Staat jederzeit möglich sein“, sagt Anette Knipphals über ihr Versammlungsrecht auch während der Pandemie.

Zwischen 2021 und 2022 schloss sich das Wolfsburger Ehepaar jeden Montag um 17 Uhr Hunderten Demonstranten auf dem Wolfsburger Marktplatz an, um gegen staatliche Corona-Maßnahmen zu demonstrieren. Rund 1000 Wolfsburger kamen jede Woche so zusammen. Das Ehepaar vermutet, es

wären noch mehr geworden – „wenn die Leute nicht berufliche Konsequenzen befürchtet hätten“, sagt Anette Knipphals. Noch vor Beginn der Pandemie verkauften die beiden Zahnärzte aus Altersgründen ihre Wolfsburger Praxis – und waren somit nicht mehr auf Patienten angewiesen und auch nicht auf Vorgesetzte.

Als in Deutschland die Corona-Auflagen erlassen wurden, da sei etwas in ihm gekippt, erzählt der ehemalige Leistungssportler Jens Knipphals. Er fühlte sich erneut staatlichen Repressionen ausgesetzt. Staatliche Entscheidungen verhinderten nämlich 1980 seine Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau. Knipphals, mehrmaliger Deutscher Meister im Weitsprung, sollte für die Bundesrepublik Deutschland antreten. Dazu kam es nicht – die BRD sagte ihre Teilnahme ab. Die Sowjetunion war kurz zuvor in Afghanistan einmarschiert; die USA riefen daraufhin mit weiteren westlichen Staaten zum Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau auf.

Zum zweiten Mal „staatliche Bevormundung“ erlebte er als praktizierender Zahnarzt Ende der 1990er Jahre, als das niedersächsische Sozialministerium einen Staatskommissar einsetzte, der – ohne Einbeziehung der Zahnärzte – neue Honorarvereinbarungen mit den Krankenkassen ausgehandelt habe. Diese Erfahrungen von Knipphals sollten erwähnt werden, um zu verstehen, warum er bestimmten staatlich verordneten Einschränkungen konfrontativ gegenübertritt.

„Kreier! doch, du Arsch“, haben sie uns auf der Straße entgegengerufen“, erinnert sich Jens Knipphals.

Wir sind auf die Straße gegangen, weil wir Angst hatten, dass Deutschland zu einem autoritären Staat wird.

Jens Knipphals

## Corona-Montagsspaziergänge: Ein Wolfsburger Teilnehmer erzählt



Jens Knipphals aus Barnstorf war Montagsspaziergänger in Wolfsburg. Er demonstrierte gegen eine Impfpflicht und für mehr Information und Aufklärung der Bürger zu den Covid-19-Impfstoffen.

CLAUDIA BARTELS/FNN

Solche Sprüche hätten seine Ehefrau nicht berührt. „Ich habe ein dickes Fell“, sagt sie. Ihr Ehemann habe sich dagegen von solchen Worten persönlich angegriffen gefühlt. Er wollte mit den Wolfsburgern und den Polizisten, die die Demos absicherten, über die Corona-Maßnahmen diskutieren. „Ich bin halt niemand, der die Klappe hält“, sagt er. Seine Frau nickt. „Ich will Menschen mit kritischen Themen konfrontieren“, sagt er weiter.

„Wir sind absolut gegen eine Impfpflicht“, erzählt er – aufgrund der ihrer Ansicht nach ungenügenden Aufklärung zu Wirkungsweisen, Risiken und Nebenwirkungen der Coronaimpfstoffe. „Ich möchte nicht zu etwas gezwungen werden – ich will korrekt informiert werden“, sagt Anette Knipphals. Ausreichend aufgeklärt und informiert fühlten sie sich von staatlichen Institutionen während der Pandemiejahre nicht. „Wenn ich ehrlich informiert bin, kann ich eine ausgewogene Entscheidung treffen – bei mangelnder oder sogar Falschinformation ist das unmöglich“, ist sie überzeugt.

Mediziner sind die beiden zwar, jedoch keine Experten für Impfstoffe. Studien verdeutlichen jedoch inzwischen ungewünschte Nebenwirkungen der Coronaimpfstoffe. Eine

Ende 2023 herausgebrachte Studie aus Oxford zeigt, dass mRNA, wie sie beispielsweise in den Impfstoffen von Biontech und Moderna enthalten ist, in Zellen zur Bildung nicht erwünschter Eiwisse führen kann. Was das mit dem Körper macht, ist noch nicht ausgiebig erforscht. Bei dem Corona-Impfstoff Vaxzevria der Firma AstraZeneca traten zum Teil schwere Nebenwirkungen wie Thrombosen auf.

Angst ist ein schlechter Ratgeber, vor allem, wenn gehandelt werden muss, heißt es aus der Psychologie. Angst enge den Fokus ein. Statt alle verfügbaren Informationen und mögliche Handlungsoptionen zu sehen und zu bewerten, beschränke der Mensch sich unter Angst darauf, nur die Bedrohung zu sehen. Angst könne viele Deutsche zur Impfung getrieben haben, ist das Wolfsburger Ehepaar überzeugt. „Die Menschen waren stark verunsichert. Mit der Impfung wurde ihnen etwas angeboten, das ihnen Sicherheit zurückgeben sollte – und viele haben zugegriffen“, sagt Anette Knipphals.

Wenn Anette und Jens Knipphals darauf hinweisen, dass eine Coronaimpfung weder vor einer Ansteckung noch Übertragung des Virus schützt, wurden sie als Corona-

Leugner hingestellt. Wenn sie auf mögliche Impfnebenwirkungen hinwiesen, wurden sie als Schwurbler verunglimpft.

„Das glauben mir die Leute oft nicht: Wir sind auf die Straße gegangen, weil wir Angst hatten, dass Deutschland zu einem autoritären Staat wird“, sagt Jens Knipphals. „Ich bin freiheitsliebend und für Eigenverantwortung“, führt er weiter aus. „Ich bin stolz auf das Grundgesetz“, sagt er noch. Das Ehepaar wehrt sich in unserem Gespräch ausdrücklich dagegen, von Mitbürgern in die rechte Ecke gedrängt zu werden.

Enge Freundschaften der beiden seien in den Coronajahren zu Bruch gegangen. „Fachliche Auseinandersetzung, inhaltliches Diskutieren war einfach nicht möglich“, sagt der Zahnarzt. Gespräche wurden hoch emotionalisiert geführt. Man spürt ein Bedauern in seiner Stimme.

„Es kann doch nicht der Sinn der politischen Maßnahmen gewesen sein, die Leute gegeneinander aufzuhetzen“, sagt er mit Nachdruck. „Du hast aber schon teilweise provoziert“, sagt seine Ehefrau und meint damit auch seine Schilder, die er bei den Montagsdemos hochgehalten hat. Auf einem stand in schwarz-rot-goldenen Farben „Impfpflicht stoppen, Impfschäden offenlegen“. Oder seine selbst entworfenen T-Shirts mit dem Wort „ungeimpft“ darauf, mit denen er einkaufen ging. Oder indem er die von der Polizei vorgegebenen Spazierrouten verlassen wollte, um zu sehen, wie weit die Polizeigewalt gehen würde. „Aber es war doch deren Job, die Leute nicht durch die Fußgängerzone gehen zu lassen“, sagt sie an ihren Ehemann gerichtet. „Wir wurden von der Polizei auf Wege gedrängt, die wir nicht gehen wollten“, sagt er wiederum. Einzelne Teilnehmer der Montagsdemonstrationen, die keine Maske trugen, seien von sechs bis acht Polizeibeamten mit Schlagstock, Helm und Maske bedrängt worden. „Das geht mir immer noch nach“, führt er aus, „diese Unverhältnismäßigkeit“.